



Darmstadt, 30. Dezember 2001

An verschiedene Medien

## **Islam: Dialoge sind unverzichtbar**

Zum Ende des „UN-Jahres des Dialoges zwischen den Kulturen“ entsteht in Deutschland eine Debatte gegen interreligiöse Dialoge. Es wird von „verlogenen Dialogen“ gesprochen, die ein Werk des Teufels sind. Das Ende der „interreligiösen Kuscheldialoge“ wird angekündigt.

„Dabei wird übersehen, dass es in Deutschland bisher praktisch keine seriösen interreligiösen Dialoge gibt – abgesehen von wenigen Akademietagungen oder evangelischen Kirchentagen. Das kurzfristige Interesse an Islamfragen nach dem 11. September 2001 hat mit interreligiösen Dialogen wenig zu tun“, so Jürgen Micksch, Vorsitzender des Interkulturellen Rates.

Interreligiöse Dialoge sind langfristig angelegt und scheitern in der Regel bereits vor ihrem Beginn durch Missverständnisse, Gegensätze und unüberwindbare Spannungen. Unter Menschen jüdischer Prägung in Deutschland gibt es nur wenige Dialogpartner. Für sie kommen erschwerend noch die politischen Konflikte zwischen Palästina und Israel hinzu. Christinnen und Christen sind gegenwärtig vor allem mit ihrer Selbstfindung befasst. Theologen haben Angst vor einem identischen jüdischen und muslimischen Gottesverständnis und Kerngemeinden fürchten die Erkenntnis, dass viele Christen den Glauben an Jesus Christus verloren haben. Bei Menschen muslimischer Prägung stehen nur wenige Dialogpartner zur Verfügung, die selbst häufig vom Verfassungsschutz observiert werden. Dialogwillige werden dadurch nicht gerade ermutigt. Die Bereitschaft zu Gesprächen ist gegenwärtig bei Muslimen allerdings besonders hoch.

Angesichts eines zunehmenden Interesses an interreligiösen Themen melden sich nun jene zu Wort, die schon immer gegen interreligiöse Dialoge waren. Verantwortliche der christlichen Kirchen fürchten um Einfluss und Privilegien in der multireligiösen Realität Deutschlands.

„Für den inneren Frieden einer säkularen und multireligiösen Gesellschaft sind interreligiöse Dialoge unverzichtbar, wenn Katastrophen wie im Mittelalter, im letzten Jahrhundert oder im ersten Jahr des dritten Jahrtausends vermieden werden sollen, bei denen Religionen für politische Interessen instrumentalisiert wurden oder sich instrumentalisieren ließen“, so Jürgen Micksch.

Daher begrüßt der Interkulturelle Rat den Beschluss des Forums gegen Rassismus beim Bundesinnenministerium, der sich ausdrücklich für Dialoge mit Menschen islamischer Prägung einsetzt, „bei denen Konflikte offen angesprochen werden“. Dem Forum gehören Vertretungen von über 60 staatlichen und gesellschaftlichen Einrichtungen an. Die im Dezember 2001 in Berlin angenommene Erklärung hat folgenden Wortlaut:

„In Deutschland leben über 3 Mio. Menschen, die mehr oder weniger von unterschiedlichen islamischen Traditionen geprägt sind. Insgesamt ist das Zusammenleben erfreulich und gut. Konflikte spielen auf beiden Seiten nur eine untergeordnete Rolle. Aber es ist nicht zu übersehen, dass sich fremdenfeindliche Einstellungen häufig gegen Muslime richten.



Ursachen dafür sind:

- Fehlende Kenntnisse, die zu gegenseitigen Ängsten führen
- Unsicherheiten im Umgang miteinander
- Unterschiedliche soziale, kulturelle und religiöse Verhaltensweisen, die zu Missverständnissen führen können
- Menschenrechtsverletzungen und fehlende politische Freiheiten in islamisch geprägten Ländern, die Vorurteile gegenüber hier lebenden Muslimen hervorrufen können, wenn nicht differenziert berichtet wird.
- Mangelnder Integrationswillen von beiden Seiten.

Muslimen sind ein Teil der deutschen Gesellschaft. Über 500.000 haben die deutsche Staatsangehörigkeit. Meist lernen sie erst in Deutschland die Vielfalt muslimischer Traditionen kennen, von denen sie in den Herkunftsländern nichts wussten.

Beim Zusammenleben mit Muslimen steht die Gesellschaft mit ihren vielfältigen religiösen und weltanschaulichen Strukturen vor vielen Aufgaben:

- Qualifizierte Informationen sind erforderlich, um die [gegenseitige Unkenntnis abzubauen](#). Hier haben die Schulen, der Religionsunterricht, Religionsgemeinschaften und Medien eine wichtige Verantwortung. Begegnungsmöglichkeiten wie bei der Interkulturellen Woche oder bei den Tagen der offenen Moschee sind zum besseren Kennenlernen nützlich.
- [Dialoge](#) mit Menschen islamischer Prägung sind erforderlich, bei denen Konflikte offen angesprochen werden. Sie sind insbesondere von Religionsgemeinschaften, Schulen und Bildungseinrichtungen zu organisieren und sollten sich auf muslimische Einrichtungen konzentrieren, die sich positiv zur Verfassung bekennen und sich entsprechend verhalten.
- [Gemeinsame Veranstaltungen](#) sind z.B. in der Weihnachtszeit, zum Ramadan, zum Tag der Deutschen Einheit oder zu anderen Gelegenheiten sinnvoll. Sie haben sich vielerorts bewährt. Dazu gehört auch der Aufbau von Abrahamischen Foren aus Juden, Christen und Muslimen.
- [Islamischer Religionsunterricht](#) im Sinne des Art. 7 Abs. 3 GG in deutscher Sprache und unter deutscher Schulaufsicht wird befürwortet. Kultusministerien werden darum gebeten, zukunftsweisende Modelle zu entwickeln und zu erproben und nicht darauf zu warten, bis sie durch Gerichte zur Einführung von islamischem Religionsunterricht gezwungen werden.
- [Beim Bau von Moscheen](#) gibt es teilweise Schwierigkeiten. Im Sinne der Religionsfreiheit dürfen Menschen ihren Glauben in Deutschland leben und haben dazu auch das Recht, Moscheen zu bauen. Beim Bau von Moscheen sollte von Anfang an der Dialog mit der Bevölkerung und ihren Institutionen gesucht werden.
- Die [Partizipation](#) von Muslimen in möglichst vielen Bereichen des gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Lebens kann dazu beitragen, die gegenseitige Verständigung zu verbessern und zum öffentlichen Frieden beizutragen.“

Die in der Erklärung genannten Aufgaben sollten im kommenden Jahr 2002 aufgegriffen werden. Jürgen Micksch: „Ängste vor Moscheen, Kopftüchern oder dem islamischen Religionsunterricht sind abzubauen, damit wir ein zukunftsfähiges Land werden.“

gez. Dr. Jürgen Micksch